

KURT GRAMLICH UND MATTHIAS WINTERHAGER

Was heißt alternative Energiepolitik auf kommunaler Ebene?

Seit Mitte der siebziger Jahre wird in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit verstärkt über Energiepolitik diskutiert. Standardthemen sind dabei vor allem der Einsatz von Atomenergie sowie die Ölabhängigkeit. Ausgehend von einer zunächst standortspezifischen Auseinandersetzung in Sachen Atomkraftwerke wurde die umfassende Diskussion der Energiepolitik bislang vor allem auf nationaler Ebene geführt; erst in jüngster Zeit mehrten sich die Ansätze zu einer Analyse der konkreten Energiekonzepte vor Ort in den Kommunen. Dabei sind die Handlungsspielräume, die ein solches «Einmischen in die eigenen Angelegenheiten» in der kommunalen Energiepolitik bietet, bisher sicher unterschätzt worden. Schließlich sind die Datengrundlagen für die diversen nationalen Szenarien wie die Studie des Ökoinstituts («Energiewende»), die «vier Pfade» der Enquetekommission des Deutschen Bundestages usw. ganz maßgeblich davon abhängig, welche konkrete Energiepolitik in den Kommunen jeweils verfolgt wird. Durch die energiepolitischen Entscheidungen auf dieser untersten Ebene in den Kommunen wird darüber mitentschieden, ob wir eine «harte» oder «sanfte» Energiezukunft bekommen.

Große und Kleine

Bei genauer Betrachtung bestehen große Unterschiede zwischen den Kommunen hinsichtlich der Struktur der jeweiligen örtlichen Energieversorgungsunternehmen. In der Energiewirtschaft der Bundesrepublik hat in den letzten Jahrzehnten ein enormer Konzentrationsprozeß stattgefunden, im Laufe dessen die Zahl der Energieversorgungsunternehmen (EVU) von ursprünglich über 3000 auf heute unter 1000 geschrumpft ist. Was die Stromwirtschaft angeht, so profitieren von dieser Konzentration vor allem die neun großen «Verbundgesellschaften» (RWE, VEW, Preußenelektra etc.), die den Strommarkt der Bundesrepublik fein säuberlich unter sich aufgeteilt haben.

Die im Energiewirtschaftsgesetz von 1935 festgeschriebenen Demarkationslinien sichern diesen großen halbstaatlichen EVU monopolartig ihre jeweiligen Stromabsatzgebiete.

Dabei tun die Großen alles, um den Markt weiter in den Griff zu bekommen: so werden reihenweise kleine, bislang selbständige EVU aufgekauft bzw. ihnen die Erzeugungsrechte abgekauft; die Industrie, deren Kraftwerke noch vor Jahren mit fast 40 Prozent an der Gesamtstromerzeugung in der Bundesrepublik beteiligt war, wird systematisch daran gehindert, ihren in Produktionsprozessen als Überschuß anfallenden Dampf über entsprechende Turbinen genutzt als Strom ins öffentliche Netz einzuspeisen (inzwischen ist ihr Anteil auf knapp über 20 Prozent gesunken). Derzeit werden von den beiden größten EVU, dem RWE und den VEW, um die 50 Prozent des in der Bundesrepublik erzeugten Stroms geliefert. Grundsätzlich zählt die Selbsterzeugung von Strom bei den EVU mit zu den Bereichen, in denen die profitabelsten Geschäfte zu machen sind, anders als bei Gas etwa, wo auch die Größten immer nur Lieferant, nie aber Erzeuger sind und dementsprechend die Gewinnspannen deutlich niedriger liegen.

Von den ungefähr tausend Energieversorgern in der Bundesrepublik liefern 875 Versorger nur 7 Prozent der Stromabgabe, hingegen verfügen die fünfzehn größten Unternehmen über einen Anteil am Strom-Markt von 57 Prozent. Die großen Verbundgesellschaften sind mit den 41 Regionalunternehmen oftmals über Kapitalbeteiligung verflochten. Von den Regionalunternehmen unterscheidet man die kommunalen Energieversorger, von denen es noch ungefähr tausend Unternehmen (Stadtwerke) gibt, die meist «von oben» beliefert werden, den Strom von den «Großen» kaufen und ihn an die eigenen Kunden nur weiterverteilen. Auf dieser kommunalen Ebene ist zu unterscheiden zwischen Querverbundunternehmen und Spartenunternehmen. Während das Spartenunternehmen nur einen Energieträger anbietet (zum Beispiel Gas) und damit unter Umständen am Ort mit anderen Unternehmen konkurriert, können in Querverbundunternehmen die Gewinne aus dem Geschäftsbereich eines Energieträgers zur Stützung anderer Bereiche herangezogen werden.

Da gerade im städtischen Bereich viele Querverbundunternehmen auch den Verkehrsbetrieb mitführen, werden in solchen Unternehmen typischerweise die Gewinne aus dem Energieabsatz zur Unterstützung des Verkehrsbetriebs verwandt, oder anders ausgedrückt: das Defizit der Verkehrsbetriebe wird über Energiepreise subventioniert. Hierbei geraten wieder diejenigen EVU, die keine Rechte zur Eigenerzeugung von Strom mehr haben, leichter in rote Zahlen und damit in die Gefahr, von den Überregionalen aufgekauft zu werden.

Zielsetzungen

Die Unternehmensstruktur im Energiebereich bleibt nicht ohne Folgen für die Ziele, nach denen die Energiepolitik ausgerichtet wird: oberstes Ziel der EVU ist die Sicherung einer ständig wachsenden Energieproduktion. Gerne wird in diesem Zusammenhang vom «Versorgungsauftrag» gesprochen, der den EVU durch das Gesetz auferlegt sei. Natürlich wird auch bei jeder Gelegenheit betont, daß man sich nach besten Kräften bemühe, die Energie dem Kunden möglichst kostengünstig anzubieten, und seit den Ölkrisen der siebziger Jahre werden auch allseits die großen Bemühungen zur Subvention des Primärenergieträgers Erdöl betont. Neben diesen offiziellen Zielen der Energiewirtschaft darf allerdings nicht vergessen werden, daß die EVU als Wirtschaftsunternehmen gehalten sind, durch den Verkauf ihrer Produkte entsprechende Gewinne zu erwirtschaften. Da sie die Festsetzung der Energiepreise unter Kontrolle des Staates (der Wirtschaftsministerien) vornehmen müssen, empfiehlt es sich, jeweils hohe Kosten auszuweisen. Das Unternehmensziel, den Absatz bzw. Umsatz zu erhöhen, wird dabei als «Sachzwang» ausgegeben: es werden angeblich nur entsprechend der Nachfrage die «Kundenwünsche» befriedigt. In Wirklichkeit haben insbesondere die Querverbundunternehmen (die mehrere Energieträger aus einer Hand anbieten) durch die Gestaltung der Leitungsnetze und der Tarife maßgeblichen Einfluß auf die strukturelle Energiepolitik. Im städtischen Bereich heißt daher das Konzept der EVU meist: Ausbau und Wachstum für die leitungsgebundenen Energieträger (Fernwärme, Gas, Strom). Dabei kann es durchaus auch zur Konkurrenz zwischen einzelnen Unternehmen kommen, die unterschiedliche Energieträger anbieten. So versucht beispielsweise das RWE als größter Stromproduzent massiv, mit Strom seinen Anteil am sogenannten Wärmemarkt auszubauen.

Vom Standpunkt des Verbrauchers sind diese energiepolitischen Ziele der EVU allerdings zweifelhaft. Hier muß zunächst gefragt werden: wieviel Energie brauchen wir wofür? Welche Energiedienstleistungen sind nötig und wie sollen diese bereitgestellt werden? (Die Energiedienstleistung «warmer Raum» kann durch eine Elektrospeicherheizung oder aber durch eine gute Wärmedämmung erreicht werden.)

Jeder Energieeinsatz und besonders das Verbrennen der fossilen Energieträger ist grundsätzlich umweltschädlich, weil er einen Eingriff in den Naturhaushalt bedeutet. Deshalb muß aus der Sicht von Umweltschützern die oberste Zielsetzung im Energiebereich lauten:

ein Maximum an Energiedienstleistung mit einem Minimum an Energieeinsatz erreichen. Das bedeutet: der Einsatz von Energie muß möglichst weitgehend durch den Einsatz von Kapital und Know-how ersetzt werden.

Auf kommunaler Ebene heißt das konkret, daß vordringlich alle Möglichkeiten der Einsparung von Energie ermittelt und umgesetzt werden müssen. Hierzu ist die Erstellung eines sogenannten Energieeinspar-Atlas sinnvoll, der die verschiedenen Möglichkeiten der Einsparung von Energie für das entsprechende Gebiet möglichst detailliert und vollständig erfassen sollte. Das Ziel Energiesparen heißt nicht, auf Komfort zu verzichten, sondern die Energie und ihre Wertigkeit besser auszunutzen.

Ein weiteres übergreifendes Ziel ist die Deckung des nach Ausschöpfung der Einsparpotentiale noch verbleibenden Energierestbedarfs mit einem möglichst hohen Anteil an regenerativen Energiequellen. Es ist wichtig, sich in der Diskussion um die Umweltfreundlichkeit keine Scheinlösungen oder Trojanischen Pferde unterjubeln zu lassen. So ist der von der nordrhein-westfälischen CDU propagierte Weg, dem durch SO_2 -Emissionen aus Kohlekraftwerken mit verursachten Waldsterben durch den vermehrten Einsatz von Atomenergie entgegenzutreten, sicher falsch.

Als drittes übergreifendes Ziel muß die Erhöhung der Sicherheit und Zuverlässigkeit in der Energieversorgung genannt werden. Hier geht es vor allem darum, der bei uns ständig steigenden Konzentration der Energieversorgung auf wenige große Anlagen (Atomkraftwerke, große Fernwärmeschienen, große zusammenschaltete Netze) entgegenzuwirken. Es ist vom Standpunkt der Versorgungssicherheit riskant, den Energiebedarf eines Elektrizitätsnetzes zu über 50 Prozent mit einem einzigen Kraftwerksblock zu decken (so vorgesehen zum Beispiel für das Bielefelder Netz nach Inbetriebnahme des AKW Grohnde).

Ein stärker dezentralisiertes Energiesystem mit insgesamt durch Ausschöpfung der Einsparpotentiale niedrigerem Energiebedarf und einem hohen Anteil an regenerativen Energiequellen könnte wesentlich höhere Grade an Versorgungssicherheit bieten, wenn viele kleine Einspeiser für Wärme und Strom an verschiedenen Stellen des Netzes angekoppelt würden.

Zur Durchsetzung dieser allgemeinen energiepolitischen Ziele können gerade auf kommunaler Ebene wichtige Weichen gestellt werden, da dort in den Bereichen Raumwärmeversorgung, Stromversorgung und Verkehr konkrete Entscheidungen für oder gegen bestimmte Techniken gefällt werden müssen. Vom Standpunkt des Umwelt-

schutzes muß dabei immer auch die vor Ort entstandene spezifische Situation berücksichtigt werden; das heißt, neben dem Ausschöpfen von Einsparpotentialen durch Wärmedämmung muß unter Umständen auch eine Lösung gefunden werden, wie die Abwärme bestehender großer Kraftwerksblöcke besser genutzt als in die Flüsse bzw. über Kühltürme an die Umwelt abgegeben werden kann.

Plakativ zusammengefaßt lassen sich die Zielsetzungen konventioneller und alternativer Energiepolitik so gegenüberstellen:

Energiepolitische Zielsetzungen

konventionell	alternativ
1. Ständig wachsende Energieproduktion sichern	1. Die Energieverschwendung beenden
2. Leitungsgebundenheit verstärken	2. Auf erneuerbare Energiequellen umsteigen
3. Zentralisierung der Energieerzeugung auf wenige Großanlagen	3. Langfristig denken: durch Dezentralisierung die Versorgungssicherheit und Sozialverträglichkeit erhöhen

Erfahrungen und Perspektiven zur Durchsetzung alternativer Zielvorstellungen in der kommunalen Energiepolitik

Fallbeispiel Bielefelder Energiegutachten

1977 veröffentlichte die INTERARGEM im Vorfeld der Auseinandersetzungen um das AKW Grohnde eine ganzseitige Anzeige in beiden Bielefelder Tageszeitungen (die INTERARGEM ist die Interessen- und Arbeits-Gemeinschaft der Stadtwerke Bielefeld und des Elektrizitätswerks Minden-Ravensberg und des Elektrizitätswerks Wesertal, die 1952 zur Zusammenarbeit in der Stromversorgung und -erzeugung gegründet wurde). Darin wird angekündigt, daß zwischen 1980 bis 1982 die Lichter ausgehen bzw. es zu «Abschaltungen in den Hauptbelastungszeiten» kommen werde. Obwohl das AKW 1982 noch nicht fertiggestellt ist, sind bis heute in Bielefeld noch keine Lichter ausgegangen.

Es ist offensichtlich, daß die Prognosen, die von Zuwachsraten zwi-

schen 4 und 6 Prozent beim Stromverbrauch ausgingen, verfehlt waren. Diese Fortschreibung von Wachstumsraten der Vergangenheit kann heute eher als Kaffeesatzleserei angesehen werden denn als vorausschauende Energieplanung. Die Folgen der auf solchen Prognosen beruhenden Kraftwerksplanung sind Überkapazitäten. Bisher gingen die EVU davon aus, daß man mit dem wachsenden Stromabsatz in die Nutzung der großen Kapazitäten «hineinwachse». Die Wachstumsannahmen sind auch Ursache für die Zunahme der Anlagengröße. Während früher Kraftwerksblöcke mit 100 MW pro Turbine schon als groß galten, sind das heute – verglichen mit 1300 MW auf einer einzigen Turbine in Grohnde – kleine Anlagen. Damit wurde auch der Sachzwang zum Wachstum vorprogrammiert, denn die großen Anlagen wollen ausgelastet sein. Diesen Wachstumszwang nennt man dann «Schicksalskurve».

Die Atomgegner in Bielefeld haben – angeregt durch diese bestehende Wachstumslogik – begonnen, über Alternativen für Grohnde nachzudenken. Eine Arbeitsgruppe der Bunten Liste Bielefeld erstellte eine Broschüre mit dem Titel *Atomenergie für Bielefeld?*. Die Broschüre enthält Ansätze einer Kritik am Versorgungskonzept der Stadtwerke Bielefeld. Ebenfalls darin formuliert ist ein Antrag für ein Energiegutachten für Bielefeld. Wider Erwarten erhielt die Bunte Liste recht früh die Möglichkeit, diesen Antrag einzubringen. Erst im September 1979 mit 5,6 Prozent in den Rat der Stadt gewählt, standen schon knapp ein Jahr später schwierige Verhandlungen um die Erhöhung der Gewerbesteuer an. Zwar stellt die SPD im Rat der Stadt die größte Fraktion, doch fehlen ihr für die einfache Mehrheit immer die Stimmen von FDP oder Bunter Liste, die beide mit je vier Vertretern im Rat sitzen. Da sich nun CDU und FDP auf die Nichterhöhung der Gewerbesteuer festgelegt hatten, war die SPD für ihr Konzept der Sanierung des Haushalts auf die Stimmen der Bunten Liste angewiesen. Neben verschiedenen Absprachen wurde für die Zustimmung zur Gewerbesteuererhöhung die Unterstützung der Vergabe eines Energiegutachtens durch die SPD zugesagt. Innerhalb der SPD war die Meinung über die Verbindlichkeit dieser nur mündlich getroffenen Absprache allerdings geteilt.

Nach dieser Absprache passierte zunächst einmal lange gar nichts. Um den Antrag in den parlamentarischen Gremien vorzubereiten, führte die Bunte Liste eine öffentliche Informationsveranstaltung mit dem damaligen Energiebeauftragten der Stadt Saarbrücken, Benno Trampert, zum Thema «Umweltbewußte Energiepolitik als Aufgabe der Stadt» durch. Nach einer wohlwollenden Berichterstattung der lokalen Presse stellte die Vertreterin der Bunten Liste am 30. Oktober

1980 im Umweltausschuß den Antrag, dieses Gutachten in Auftrag zu geben. Die Verwaltung bezweifelte die Zuständigkeit des Umweltausschusses und erreichte die Vertagung des Antrags.

Am 13. November 1980 wurde der Antrag erneut im Umweltausschuß behandelt. Diesmal setzte die SPD-Fraktion durch, daß der Antrag «zustimmend zur Kenntnis» genommen wurde, um ihn anschließend wegen Nichtzuständigkeit an den Hauptausschuß des Rates zu verweisen. Damit war es der Stadtverwaltung und den etablierten Parteien gelungen, den Antrag um sechs Wochen zu verzögern, ohne sich überhaupt inhaltlich damit auseinandersetzen zu müssen.

In der Öffentlichkeit machten sich nun auch die Stadtwerke mit Propaganda zu Wärmerückgewinnung, energiebewußtem Verhalten, Anschaffung eines Infrarotgerätes und Wärmeatlas bemerkbar. In der Sitzung des Hauptausschusses am 5. Dezember 1980 legte die Verwaltung überraschend eine umfangreiche Stellungnahme vor. Betont wurde, daß aktive Energiepolitik in Bielefeld nichts Neues sei; jedoch wäre der Rat der Stadt nicht befugt, in die Geschäftspolitik der Stadtwerke GmbH einzugreifen (obwohl diese GmbH zu 100 Prozent Eigentum der Stadt ist).

Die SPD befürwortete ein Gutachten unter der Bedingung, daß weniger als ein Drittel der von der Bunten Liste vorgesehenen Summe dafür ausgegeben wurde. Außerdem forderte sie die Parallelvergabe des Gutachtens an je ein etabliertes und alternatives Institut. Die CDU lehnte den Antrag prinzipiell ab. Die FDP hielt das Gutachten für überflüssig. Nach dreistündiger Diskussion wurde der Antrag erneut vertagt, um den Stadtwerken Gelegenheit zu geben, ihr Versorgungskonzept in der Öffentlichkeit zu erläutern. Dies geschah in einer Informationsveranstaltung der Stadtwerke am 15. Januar 1981. Die dort gehaltenen Vorträge der Stadtwerkedirektoren wurden später in hoher Auflage gedruckt und als kostenlose Broschüre an die Bürger der Stadt abgegeben.

In den folgenden Tagen meldete sich wieder die Stadtverwaltung zu Wort: sie ernannte überraschend den bisherigen Abteilungsleiter «Technische Anlagen» des städtischen Hochbauamts zum «Energiebeauftragten» der Stadt. Er wurde dabei interessanterweise weder von seinen bisherigen Aufgaben entbunden, noch bekam er irgendwelche zusätzlichen Kompetenzen im Energiebereich. Am 22. Januar 1981 wurde in einer Sitzung des Hauptausschusses erneut über das Energiegutachten beraten. Die Verwaltung hatte sich gut auf diese Sitzung vorbereitet: sie stellte eine konkrete Fragestellung für die Vergabe des Gutachtens vor und schlug darüber hinaus die Vergabe von zwei weiteren Gutachten vor (zur Organisation einer Energie-

sparberatung und zur Erstellung eines Energie-Handbuches für Hauseigentümer und Architekten). Die von der Verwaltung vorgeschlagene und später tatsächlich so beschlossene Fragestellung für das Gutachten lautete:

«Wie können Gebäude, insbesondere in den äußeren Gebieten der Stadt, die bislang überwiegend oder ganz mit leichtem Heizöl beheizt werden und für die ein Anschluß an eine Gas- oder Fernwärmeleitung unwirtschaftlich ist, optimal beheizt werden?»

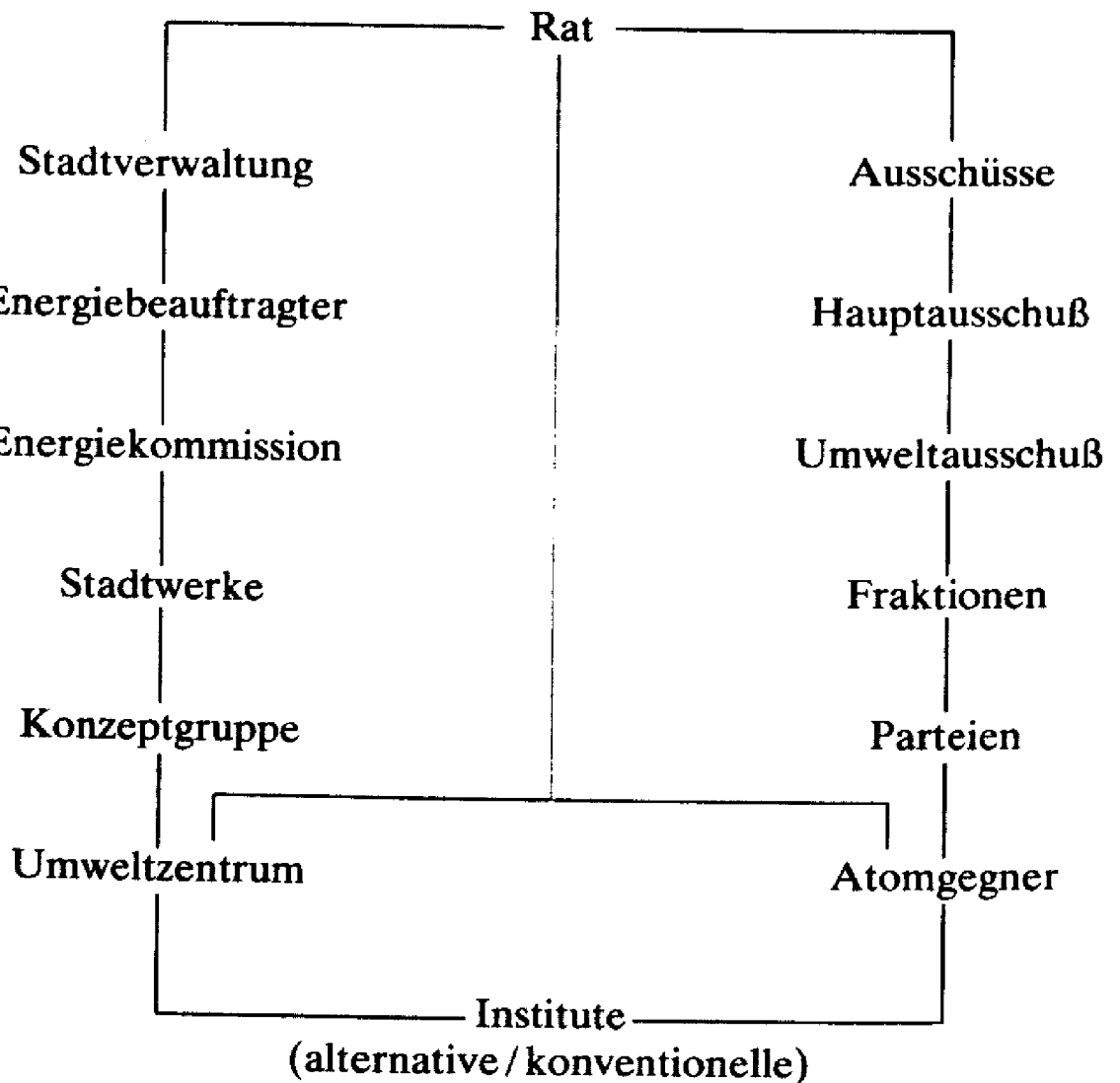
Mit der Bearbeitung dieser Fragestellung wurden schließlich das Institut für Energie- und Umweltforschung (IFEU) in Heidelberg und die Wirtschaftsberatung AG (Wibera), Düsseldorf, beauftragt. Die auf Vorschlag der Stadtverwaltung festgeschriebene Fragestellung begrenzte den Untersuchungsgegenstand in mehrfachem Sinn auf periphere Bereiche der Stadt: da das Gas- und Fernwärmenetz in Bielefeld vergleichsweise stark ausgebaut ist, wurden nur einige ländliche Randgebiete untersucht – das übrige Stadtgebiet (in dem die Hauptenergieverbraucher und -verschwender angesiedelt sind) war ausgeschlossen. Die Summe der Gebäude der untersuchten Gebiete entspricht ca. 2,4 Prozent des gesamten Bielefelder Gebäudebestandes. Darüber hinaus wurden durch die Fragestellung die Energiesituation in der Bielefelder Industrie und der Sektor Verkehr vollständig ausgeklammert, und die Stadtwerke waren ebenfalls geschickt aus der Schußlinie genommen. Demgegenüber hatte der ursprüngliche Antrag der Bunten Liste eine umfassende Bestandsaufnahme für das gesamte Bielefelder Stadtgebiet vorgesehen.

Zur Bearbeitung der Aufträge hatte die Stadtverwaltung in enger Zusammenarbeit mit den Stadtwerken eine sogenannte Energiekommission mit Vertretern aus beiden Institutionen gebildet.

Auf den weiteren Verlauf der Energiediskussion in Bielefeld hatte das unabhängige und überparteiliche Umweltzentrum – ein Zusammenschluß von Arbeitsgruppen und Initiativen zum Umweltschutz – maßgeblichen Einfluß.

Während der Bearbeitungsphase gründete sich im Bielefelder Umweltzentrum eine Arbeitsgruppe zur Erstellung eines umfassenden Energiekonzepts für die Stadt Bielefeld. Sie organisierte eine Vortragsreihe mit Referaten verschiedener Fachleute zu Problemen kommunaler Energieversorgung. Dabei erhielten sowohl Vertreter der Stadtverwaltung als auch die Stadtwerke Bielefeld Gelegenheit, ihre Auffassung zur Bielefelder Energieversorgung darzustellen.

Die folgende Übersicht zeigt noch einmal die verschiedenen Interessensgruppen, die an der Diskussion um das Energiegutachten beteiligt waren:



Gegen Ende der Vortragsreihe wurden die Energiegutachten in einer Veranstaltung des Rates der Stadt öffentlich vorgestellt. Wie zu erwarten, waren die Ergebnisse der beiden Parallelgutachten sehr widersprüchlich. Die Wibera AG (die auch die Rechnungsprüfung der Bielefelder Stadtwerke vornimmt) empfahl als Ergebnis die Elektroheizung als wirtschaftliche und umweltfreundliche (!) Heizung für die Stadtrandgebiete. Die Gutachter waren dabei so unverschämt, die «lokale» Umweltfreundlichkeit dieser Elektroheizung hervorzuheben. Da der Strom ja andernorts hergestellt wird, fällt der Dreck auch andernorts an.

Das IFEU empfahl eine ganze Reihe verschiedener Maßnahmen. Als wichtigstes wurde die zentrale Bedeutung des Einsparpotentials durch die Wärmedämmung herausgestellt. Der nach guter Dämmung verbleibende Restwärmebedarf läßt sich dann, je nach spezifisch lokalen Bedingungen, mit alternativen Energiequellen abdecken. Insbesondere neueste Ergebnisse der Möglichkeiten der Solararchitek-

tur, Wintergärten und Glasvorbauten an der Südseite der untersuchten Häuser wurden in diesem Gutachten als zentraler Baustein eines alternativen Konzepts vorgestellt. Die Wibera unterließ die Untersuchung der Einsparmöglichkeiten durch Wärmedämmung und empfahl lediglich den Einbau verbesserter Regelungstechnik in die Heizungsanlagen. Beide Gutachter stellten diese Ergebnisse in der Veranstaltung vor, und wie es sich zeigte, war die anwesende Presse unfähig, eine differenzierte Argumentation für ihre Leser aufzunehmen und wiederzugeben. Interessanter noch war die Reaktion der Stadtverwaltung, die schon zuvor in verschiedenen nichtöffentlichen Ausschusssitzungen ihr Kopfzerbrechen über die stark divergierenden Gutachterergebnisse andeutete. Die Lösung des Problems gelang dem Vertreter der Stadtverwaltung, indem er erklärte, daß die Stadt Bielefeld ihren Bürgern nun diese Gutachten zur Verfügung stelle und sich «jeder etwas Passendes» heraussuchen könne.

Schon in seinem Vortrag im Umweltzentrum bezeichnete der Baudezernent das Versorgungskonzept der Stadt als vorbildlich. Dieses Konzept bestand aus einer Aneinanderreihung von Sparerfolgen der Stadtverwaltung bei öffentlichen Gebäuden und dem Nachbeten der Absatzzahlen der Stadtwerke. Es stellte sich heraus, daß es einen von uns vermuteten Interessenwiderspruch zwischen Stadtverwaltung und Stadtwerken nicht gibt und auch nicht geben kann, da die Angestellten der Stadt dem «Sachverstand» der Stadtwerkevertreter konzeptionslos gegenüberstehen. Die von uns erhoffte Lobby für energiesparende Maßnahmen (zum Beispiel Wärmedämmung) ist auch in der Stadtverwaltung nicht vorhanden. Selbst wenn das Interesse an «Energiesanierung» vorhanden wäre, es fehlen zum Handeln die notwendigen Informationen. Der vielzitierte und auch andernorts oft eingesetzte «Wärmeatlas» enthält nur diejenigen Daten, die die Stadtwerke für die Planung ihrer Absatzstrategien benötigen. Mit ihnen kann man die Grenze zwischen Fernwärmeversorgung und Erdgasgebieten ausfindig machen, damit man sich selbst nicht etwa konkurriert. Die wichtigen Daten, zum Beispiel über den Zustand der Gebäudesubstanz (Dämmpotentiale), der Dachneigung (Solarkollektoren) und Firstrichtung des Hauses (Wintergärten/Südseite) sind überhaupt nicht vorhanden. Ebenfalls fehlen die Daten über Abwärmepotentiale, die sich mit Hilfe der Stadt unter Umständen als Energiequellen erschließen ließen. Als vorbildlich in diesem Zusammenhang gilt die Arbeit der Stadtwerke Heidenheim und Saarbrücken, die systematisch Abwärmepotentiale registrieren. Die Stadtwerke Saarbrücken haben in ihrem Versorgungskonzept für 1995 auch einen Anteil der Energiequelle Einsparung einkalkuliert. Dies ist für Bielefeld-

der Verhältnisse noch Zukunftsmusik. Eine Abschätzung über Einsparpotentiale liegt nicht vor, und deshalb braucht sich auch niemand zu wundern, wenn in wenigen Jahren sich die Anlagen zur Fernwärme- und Gasversorgung als Überkapazitäten herausstellen. Die Stadtwerke Saarbrücken hingegen betreiben, um die Energiequelle Einsparung zu nutzen, eine alternative Energieberatung, die zum größten Teil kostenlos jedem Bürger der Stadt zur Verfügung steht. Während die Stadtwerke Bielefeld noch vor der Auftragsvergabe an die Gutachter in der Presse mit ausfallenden Äußerungen sich zu Wort meldeten («mit Plattheiten kann man Energieprobleme nicht lösen»), halten sie sich jetzt mit einer Stellungnahme zu den Gutachten zurück, denn die Gutachten seien ja Angelegenheit der Stadtverwaltung.

Die Stadtverwaltung sieht mit der öffentlichen Veranstaltung und dem Hinweis, daß sich jeder jetzt etwas heraussuchen könne, ihren Auftrag als im wesentlichen erledigt.

Die im Gutachten des IFEU-Instituts aufgestellten Forderungen nach finanzieller Unterstützung bei der Wärmedämmung, nach Musterhäusern (Alt- und Neubauten), die die Möglichkeiten der Kombination von Wärmedämmung und Solararchitektur anschaulich machen, wurden nirgends öffentlich diskutiert. So ist die Stadtverwaltung dabei, die politischen Konsequenzen aus den Forderungen des Gutachtens ebenfalls zu unterlaufen. Die beim IFEU-Gutachten aufgeführte Einflußnahme auf die Tarifgestaltung der Stadtwerke soll wohl auch in irgendeinem Schrank für Geschichtswissenschaftler der Zukunft aufbewahrt werden. In einer Presseerklärung verlangte die Bunte Liste die Umsetzung der in den Gutachten gemachten Forderungen. Eine Reaktion steht noch aus.

Auf der Grundlage der Darstellung der Auseinandersetzungen um das Bielefelder Energiegutachten soll hier ein kurzes Fazit gezogen werden: Was läßt sich aus den Erfahrungen bei der Durchsetzung eines solchen Gutachtens lernen?

Nach unserer Auffassung ist die Inauftraggabe eines Energiegutachtens in der Kommune sinnvoll, wenn der politische Prozeß der Durchsetzung von Anfang an von einer sachverständigen Gruppe beobachtet bzw. begleitet wird. Es ist wichtig, in den verschiedenen Phasen Einfluß zu nehmen auf:

- Die Entstehung (zum Beispiel Festlegung des Untersuchungsgegenstandes, Festschreibung der Fragestellung, Auswahl der Auftragnehmer);
- die Auftragnehmer (den Bearbeitungsprozeß verfolgen und auf die Kommunikation zwischen Gutachtern und Verwaltung achten);

- die Öffentlichkeit (begleitende Pressearbeit, Bekanntgabe der Forderungen, die bearbeitet werden sollen);
- die Behandlung des Gutachtens durch die Verwaltung nach der Abgabe (Darstellung der Ergebnisse in der Öffentlichkeit);
- die Umsetzung der Ergebnisse und Empfehlungen des Gutachtens (Verhinderung der «Alles-kann-beim-alten-bleiben»-Politik durch Verwaltung und EVU).

Wie an unserer Darstellung zu sehen ist, wurde in Bielefeld nur ein Teil dieser Möglichkeiten zur Einflußnahme genutzt. Gegen unseren Willen sieht sich die Energiekonzeptgruppe zur Lobbyarbeit gezwungen. Die Unkenntnis der Zusammenhänge in der Energieversorgung und die Notwendigkeiten, wie sie sich heute für uns darstellen, erfordern eine breitangelegte Informationsarbeit. Eine solche Informationsarbeit ist ein Mittel, um ein Umdenken und Umschwenken in der kommunalen Energiepolitik zu erreichen. Politisches Gewicht erhält die Sache selbstverständlich erst im Zusammenhang mit den vielfältigen praktischen Aktionen, wie sie in der Tradition der Anti-AKW-Bewegung stattgefunden haben und stattfinden.

Leitfaden zur Übernahme von Verantwortung in der kommunalen Energiepolitik

1. Sich einmischen in die eigenen Angelegenheiten

2. Sich sachkundig machen:

- Weltenergieproblematik: ungleiche Verteilung, ungleiche Vorkommen von Energie.
- Nationale Situation analysieren: Bewertung der verschiedenen Energieträger: wozu und wie wird die Energie genutzt; Exergie/Energie-Anteile; das Modell der Energiedienstleistung; Ziel/Folge der Analyse: Aufdeckung von Verschwendungspotentialen.
- Kommunale Situation: Ist-Zustand analysieren, welche Kraftwerke gibt es, woher kommen die Primärenergieträger, Verbrauch: welche Mengen wofür, Politik: wer entscheidet, wer ist mit wem verflochten, wem gehört was.
- Industriebetriebe (Stromerzeuger) besichtigen.
- Kraftwerke besichtigen.
- Tages- und Jahreslastkurven besorgen, Kraftwerkskapazitäten erkunden.

3. Konkrete Handlungsfelder in Angriff nehmen

- Bebauungspläne (Häuserausrichtung) studieren.
- Vergabe eines Energiegutachtens für die Gemeinde (an alternatives Institut).
- Energiesparatlas erstellen (lassen): wie hoch sind die Wärmeanschlußdichten, Effekte von Wärmedämmungsmaßnahmen abschätzen, Standorte für Blockheizkraftwerke ermitteln.
- Möglichkeiten für den Einsatz regenerativer Energiequellen: Einstrahlungsdauer, Häuserneigung zur Sonne etc. ermitteln.
- Informationsarbeit: Verbündete suchen (Handwerker: Heizung, Klima, Wärme, Dachdecker etc.), gezielte Veranstaltungen mit diesen Berufsgruppen.
- Selbstbau von Solaranlagen und Wintergärten, alte Gewächshäuser beziehen.
- Straßenzugweise Einfachstwärmedämmmaßnahmen durchführen gegen Kostenerstattung des Materials.
- Exemplarischer Aufbau von Nahwärmegemeinschaften zur Versorgung durch Gaswärmepumpen/Blockheizkraftwerke/Solararchitektur.
- Einsatz von Biomasse (im ländlichen Raum), Zusammenschluß von Bauern wie in Dänemark zu Biogasversorgungsnetzen auf lokaler Ebene.
- Restbedarf nach Wärmedämmung mit lokalen Quellen mit optimalen Wirkungsgraden decken.

Buchempfehlung

Für alle diejenigen, die auf dem Gebiet der Energiepolitik in ihrer Kommune arbeiten wollen, empfiehlt sich die Lektüre des Buches *Jenseits der Sachzwänge*. Viele der Dinge, die wir hier nur sehr kurz ansprechen konnten, sind dort ausführlich und genau dargestellt – das trifft für die Diskussion der Zielsetzungen ebenso zu wie für die ganze Palette der technischen Bausteine, die Bestandteile alternativer Konzepte sein können (Blockheizkraftwerke, Gaswärmepumpen etc.). Das Buch wurde im Auftrag der großen Schweizer Natur- und Umweltschutzverbände zusammengestellt und ist erhältlich bei der Schweizerischen Sektion des World Wildlife Fund (WWF), Postfach, CH-8037 Zürich.